



SEITE 2
Finanztransaktionssteuer:
Gemeinsame Initiative
von deutschen Sozial-
demokraten und franzö-
sischen Sozialisten

SEITE 3
Datenschutz:
Big Brother im Betrieb



SEITE 4/5
Im Interview:
Axel Schäfer, stellvertreten-
der Vorsitzender der SPD-
Bundestagsfraktion

SEITE 6
Kita-Betreuung: SPD fordert
neuen Krippengipfel



SEITE 7
Energiewende:
Beim Atom-Ausstieg geht
es um Details

SEITE 8
Leere Fördertöpfe:
Drastische Kürzungen bei
der Arbeitsmarktförderung

GUTE ARBEIT

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Ausgabe 4/2011

Fachkräfte – Herz der Wirtschaft

Den Mangel an qualifizierten Beschäftigten
entschieden bekämpfen

Schwarz-Gelb beklagt den künftigen Fachkräftemangel, aber unternimmt nichts, um dem entgegenzuwirken. Anders die Sozialdemokraten: Um den Fachkräftebedarf der Zukunft zu decken, setzen sie auf bessere Bildung und gute Arbeit. Weder in der Bildungs- noch in der Arbeitsmarktpolitik hat die Bundesregierung entscheidende Schritte eingeleitet, um dem Fachkräftemangel zu begegnen und mehr Menschen die Chance auf gute Bildung und gute Arbeit zu eröffnen. Im Gegenteil: Ende Mai hat die Regierung drastische Kürzungen bei der Qualifizierung und Eingliederung von Arbeitslosen beschlossen. Acht Milliarden Euro will Schwarz-Gelb bis 2015 in der aktiven Arbeitsmarktpolitik streichen. Arbeitsministerin von der Leyen raube vor allem jungen Menschen sowie Älteren Chancen auf eigene Erwerbstätigkeit, kritisiert SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil.

Arbeitsmarktpolitik nach Kassenla-ge sei für die SPD-Bundestagsfraktion nicht akzeptabel, stellt Heil klar und warnt: „Deutschland droht eine Spaltung auf dem Arbeitsmarkt“ – mit Fachkräftemangel auf der einen Seite und hoher Sockelarbeitslosigkeit auf der anderen. Das wollen die Sozialde-



Qualifizierte Fachkräfte und gute Arbeit sind die Grundlagen für Wachstum und Beschäftigung am Standort Deutschland.

mokraten verhindern. Kern ihrer Strategie für Vollbeschäftigung ist es, Menschen in Arbeit zu bringen und das Abgleiten in prekäre Beschäftigung oder Langzeitarbeitslosigkeit zu verhindern. Gezielte Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote sind dafür unverzichtbar. Erklärtes Ziel der Sozialdemokraten ist es, den beruflichen Einstieg und Auf-

stieg für alle zu ermöglichen. Dazu gehört ein Bildungssystem, das Kinder früher, individueller und besser fördert. Aber auch diejenigen, die bereits arbeiten, sollen neue Chancen erhalten. Es gilt zunächst, die vorhandenen Potenziale der in Deutschland lebenden Menschen besser zu nutzen, statt nur um ausländische Fachkräfte zu werben.

Teil der sozialdemokratischen Fachkräftestrategie ist es, die Ordnung auf dem Arbeitsmarkt wieder herzustellen. Attraktiv für Fachkräfte aus dem In- und Ausland wird der Standort Deutschland vor allem mit gerecht entlohnenden, sozial abgesicherten Arbeitsplätzen, die Entwicklungsperspektiven bieten. ■

Mehr auf Seite 8

Raus ohne Wenn und Aber

Schwarz-Gelb kehrt zum rot-grünen Atomausstieg zurück. Die SPD-Bundestagsfraktion ist durchaus gewillt, Merkmals „Irrtumsbereinigung in Sachen Energiepolitik“ zuzustimmen. Doch für ein uneingeschränktes Ja fehlen verbindliche Zusagen der Bundesregierung. SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier fordert: „Glaubwürdig und

tatsächlich unumkehrbar“ müsse der Ausstieg festgelegt werden. Notwendig ist auch ein stimmiges Förderungskonzept für die Erneuerbaren Energien. Zudem kritisiert die SPD die fehlende gesetzliche Grundlage für die Endlagerung. Zu den schwarz-gelben Gesetzesänderungen will die SPD-Fraktion bis zur 2./3. Lesung am 30. Juni Änderungsanträge einbringen. ■

Mehr auf Seite 7

Ausländische Berufsabschlüsse anerkennen

Putzende Ingenieurinnen oder taxifahrende Ärzte sind ein Luxus, den sich Deutschland nicht leisten kann – und doch gibt es Hunderttausende. Zahlreiche Migranten arbeiten unterhalb ihres Ausbildungsniveaus, weil ihr Abschluss nicht anerkannt wird. Auch hier greift Schwarz-Gelb zu kurz. Der kürzlich vorgelegte Gesetzentwurf der Bundesregierung zur leichteren Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen ist voller verworrener Regeln und lässt eine Gruppe außen vor – die Akademiker. Deren Anerkennung bleibt Ländersache.



Total Banane!

Neues aus der schwarz-gelben Welt

Mit der vermeintlichen „Energiewende“, der Guttenbergschen „Plagiataffäre“ und der Demontage von Guido Westerwelle (FDP) ging es in der schwarz-gelben Koalition turbulent zur Sache in den vergangenen Monaten. Doch auch auf anderen Ebenen gaben sich schwarz-gelbe Koalitionäre in Sachen Chaos und Krawall die Klinke in die Hand.

Ralf Brauksiepe (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, lobt die Reform der Arbeitsmarktinstrumente seines Ministeriums, weil sich so „die Erfolge auf dem Arbeitsmarkt fortsetzen können“, mit „passgenauer Förderung“, wie er betont.

Wir sagen: Von Passgenauigkeit verstehen unsere Fußball-Frauen deutlich mehr.

Und FDP-Generalsekretär **Christian Lindner** packt die sozialpolitische Grätsche aus. Er findet, dass das Elterngeld nur Mitnahmeeffekte ermöglichen und deshalb abgeschafft werden sollte. Grundsätzlich beklagt er einen „bürokratisch verholzten Wohlfahrtsstaat“. „Liberaler Mission“ sei es, Ansprüche „zu disziplinieren“.

Wir meinen: Drei Prozent sind wohl noch zu viel!

Dem will CSU-Generalsekretär **Alexander Dobrindt** in nichts nachstehen und holzt auf bewährtem flachem Niveau, um die Wahlschlappe in Baden-Württemberg zu verarbeiten: „Jedes Unternehmen, das in Baden-Württemberg durch rot-grüne Planwirtschaft verprellt wird, ist in Bayern hochwillkommen.“

Wir fragen: Standortwerbung à la CSU, oder was?

Nicole Bracht-Bendt, frauenpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, präsentiert ihre Alternative zur Frauenquote im Management: Zunächst sollen Unternehmen offenlegen, wie viele ihrer Führungspositionen weiblich besetzt sind, „dann sehen wir weiter“. **Unsere Meinung: Klassisches schwarz-gelbes „Weiter so“!**

Den Finanzsektor an den Krisenkosten beteiligen

Erstmals wurde in zwei europäischen Parlamenten ein gleichlautender Antrag eingebracht: Gemeinsam mit den französischen Sozialisten setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ein. Am 9. Juni wurde der Antrag parallel in der französischen Nationalversammlung und im Bundestag vorgelegt.

Transaktionen auf Finanzmärkten werden zurzeit nicht besteuert. So leistet der Finanzsektor weder einen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens noch zur Begleichung der Kosten, die er in der Finanzkrise mit verursacht hat. Eine Finanztransaktionssteuer würde den Finanzmarkt stabilisieren und insbesondere kurzfristige und spekulative Transaktionen eindämmen. Eine solche Steuer hätte mindestens drei positive Effekte: Sie würde zu mehr Transparenz auf den Finanzmärkten beitragen, bestimmte Spekulationsformen begrenzen und – nicht zuletzt – den Staaten der Europäischen Union eine neue Einnahmemöglichkeit eröffnen – Mittel, die für die Bewältigung der Krisenfolgen eingesetzt werden könnten.

In der französisch-deutschen Aktion werden die Regierungen aufgefordert, vor dem Europäischen Rat im Oktober 2011 eine mit den europäischen Partnern abgestimmte Gesetzesinitiative zur Einführung der Transaktionssteuer vorzulegen. Die SPD-

Bundestagsfraktion und ihre französischen Partner erwarten, dass die Steuer möglichst von allen EU-Partnern eingeführt wird. Wenn dies nicht gelingt, sollten wenigstens die Länder der Euro-Zone dieser Steuer zustimmen.

Das Europäische Parlament hat sich bereits fraktionsübergreifend für die Finanztransaktionssteuer ausgesprochen, doch trotz der Ankündigung der Bundesregierung im letzten Sommer, sich gemeinsam mit Frankreich für die Einführung einzusetzen, ist bislang nichts geschehen. „Wir ergreifen gemeinsam die Initiative, da weder die deutsche noch die französische Regierung ihre öffentlich gegebenen Versprechungen einhalten, sie ihrer Verpflichtung zur Regulierung der Finanzmärkte nicht nachkommen und bis jetzt keine Gesetzesinitiative zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer vorgelegt haben“, erklären die Fraktionsvorsitzenden der SRC und der SPD, Jean-Marc Ayrault und Frank-Walter Steinmeier. ■



Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer bringt nicht nur Mittel zur Bewältigung der Krisenfolgen ein, sondern beteiligt auch die Verursacher der Krise an deren Kosten.

Mehr Infos zu allen Themen:

www.spdfraktion.de

Wahlrecht rasch reformieren

Bereits 2008 hat das Bundesverfassungsgericht die aktuelle Praxis der Überhangmandate in einem Urteil für verfassungswidrig erklärt und eine Wahlrechtsreform bis Ende Juni 2011 vorgeschrieben. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat noch nicht reagiert. Deswegen hat die SPD-Bundestagsfraktion einen eigenen Gesetzentwurf zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vorgelegt. Verfassungswidrig ist das so genannte „negative

Stimmgewicht“ durch Überhangmandate, die sich ergeben, wenn eine Partei mehr Direktmandate und damit Sitze erlangt, als ihr nach dem Zweitstimmenergebnis zustünden. Dadurch entsteht das Paradox, dass ein Zweitstimmengewinn zu weniger Sitzen führen kann, ein Zweitstimmenverlust jedoch zu mehr Sitzen.

Um diese Ungerechtigkeit zu beseitigen, schlägt die SPD-Bundestagsfraktion einen Ausgleich der Direkt-

mandate vor. Ihr Entwurf sieht vor, die „Überhangmandate im Verhältnis der Parteien zueinander vollständig“ auszugleichen.

Damit entfällt in den meisten Fällen das „negative Stimmgewicht“. Damit die Parlamentssitze durch den Ausgleich der Überhangmandate nicht immer weiter ansteigen, soll durch eine Vergrößerung der Wahlkreise die Anzahl der zu erringenden Direktmandate verringert werden. ■

Betrug und Korruption kosten Milliarden

Ein Plus von bis zu 18 Milliarden Euro könnten die Krankenkassen verbuchen, wenn Straftaten auch tatsächlich geahndet würden. Durch Korruption, Abrechnungsbetrug und Falschabrechnung gehen den Krankenkassen Summen zwischen fünf und 18

Milliarden Euro jährlich verloren. Zu dem finanziellen Schaden kommen Nachteile für die Patientinnen und Patienten, die lebensgefährlich sein können.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert deshalb in einem Antrag, Korruption als Straftatbestand einzustufen

und die systematischen Falschabrechnungen von Krankenhäusern zu sanktionieren. Die Länder sollen eingebunden werden, indem sie Schwerpunktstaatsanwaltschaften und Ermittlungsgruppen bei der Kriminalpolizei einrichten. ■

Big Brother im Betrieb

Beschäftigtendatenschutz à la Schwarz-Gelb bedeutet Überwachung und Bespitzelung.

Geht es nach dem Willen der Regierungskoalition, dann kann ein Arbeitgeber künftig schon bei geringem Anlass die Beschäftigten ausspionieren und bespitzeln. Der schwarz-gelbe Gesetzentwurf zum Beschäftigtendatenschutz erlaubt Arbeitgebern etwa, private Telefongespräche und E-Mails nachträglich auszuwerten und Daten ohne Kenntnis des Arbeitnehmers zu erheben. Die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Christine Lambrecht verurteilt den Entwurf scharf: „Die Bundesregierung lässt die Arbeitnehmer beim Thema Datenschutz allein.“ Statt sie zu schützen, lasse der Entwurf weitreichende Überwachung zu.

Arbeitgeber könnten unter anderem für einen begrenzten Zeitraum Detektive einsetzen, um Beschäftigte bis in den privaten Bereich auszuspiionieren. Und das bereits, wenn „schwerwiegende Pflichtverletzungen“ befürchtet werden. Christine Lambrecht kritisiert: „Dieser unbestimmte Begriff ist ein Blankoscheck zur umfassenden Überwachung.“

Gleiches gilt für den im Entwurf vorgesehenen automatisierten Datenabgleich zur Korruptionsbekämpfung.



Der schwarz-gelbe Entwurf für ein Beschäftigten-Datenschutzgesetz bewirkt das Gegenteil.

fung. Das ist nichts anderes als eine „Rasterfahndung ohne konkreten Tatverdacht“, schimpft Christine Lambrecht.

Ebenfalls fatal: Schwarz-Gelb will Abweichungen von dem ohnehin niedrigen Schutzniveau ihres Gesetzes durch Betriebsvereinbarungen er-

lauben. Lambrecht betont: „Wir fordern nach wie vor ein eigenständiges Gesetz zum Schutz von Beschäftigten-daten, das diesen Namen auch verdient.“ ■

Mehr Infos zu allen Themen:

www.spdfraktion.de

Gestalten statt nörgeln



von Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Wir Sozialdemokraten sind für eine starke Beteiligung der privaten Gläubiger bei der Lösung der Griechenland-Krise. Es darf nicht sein, dass die einen die Gewinne einstreichen und die anderen die Kosten der Krise tragen. Außerdem fordern wir die Regierung erneut auf, sich für eine Finanztransaktionssteuer einzusetzen. Unter Schwarz-Gelb ist Deutschland in der EU vom Gestalter zum Nörgler geworden. Das ist nicht unsere Rolle. In Europa steht derzeit mehr auf dem Spiel als weitere Kredite für Griechenland; die EU befindet sich in einer politischen Krise. Aber die Regierung macht Dienst nach Vorschrift. Das ist unverantwortlich.

Unaufrichtig ist die Haltung Merkels zur Atompolitik. Was sie dem Bundestag vorgelegt hat, ist eben nicht ein Gesetz zur Energiewende, sondern es ist ihr Irrtumsbereinigungsgesetz. Der Atomausstieg stand im Gesetz. Die Energiewende wurde vor zehn Jahren eingeleitet, gegen ihren Widerstand. Wir brauchen einen Ausstieg, der klar, ohne Hintertür und unumkehrbar ist. Es geht um die Wiederherstellung eines energiepolitischen Grundkonsenses. Dazu gehören auch eine sichere Energieversorgung, der beschleunigte Ausbau der Erneuerbaren Energien und eine ergebnisoffene Endlagersuche. In den nächsten Jahren wird es nicht nur einen Umbau der Energielandschaft, sondern einen Umbau der gesamten Wirtschaft geben. Dieser birgt Chancen für mehr Arbeitsplätze. Dennoch brauchen wir auch ein Monitoring, wie der Umbau der Energielandschaft auf Teile der Wirtschaft wirkt, die wertvoll und im internationalen Wettbewerb besonders gefährdet sind. Die SPD wird hierzu entsprechende Vorschläge machen. ■

7 Milliarden Euro Plus

Mehreinnahmen / Minderausgaben des Staates bzw. der Sozialversicherungen bei Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro (in Mrd. Euro)



Quelle: Prognos-Berechnung auf der Basis des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) von 2009

Ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro nutzt nicht nur Geringverdienern, sondern entlastet auch die Staatskasse um 7,1 Mrd. Euro jährlich – durch höhere Einnahmen bei der Einkommensteuer sowie den Sozialkassen und Einsparungen bei den Transferleistungen. Das belegt eine Prognos-Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die Erwerbseinkommen der Privathaushalte würden um 14,5 Mrd. Euro und das Einkommensteueraufkommen um 2,7 Mrd. Euro steigen.

Sanktionen abrüsten

Die SPD-Bundestagsfraktion will das Sanktionsrecht in der Grundsicherung für Arbeitsuchende ändern. Im letzten Jahr wurde über 820 000 Arbeit-suchenden die Grundsicherung wegen Regelverletzungen gekürzt. Für die Sozialdemokraten steht fest, dass Sanktionen flexibler werden müssen. Wenn etwa ein Arbeitsuchender erkennt, dass

er einen Fehler gemacht hat, „dann muss eine Sanktion auch zurückgenommen werden können“, fordert die arbeits- und sozialpolitische Sprecherin Anette Kramme. Außerdem müsse ihr zwingend eine schriftliche Belehrung vorausgehen. Leistungen für Unterkunft und Heizung sollten zudem von Sanktionen ausgenommen werden. ■

Mitbestimmung ausweiten

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich für die Ausweitung der Unternehmensmitbestimmung ein und hat dazu einen Antrag vorgelegt. Sie will unter anderem die Schwelle für das Mitbestimmungsgesetz von 2000 auf 1000 Beschäftigte senken, das Doppelstimmrecht des Aufsichtsratsvorsitzenden abschaffen und einen gesetzlichen Mindestkatalog zustimmungspflichtiger Geschäfte einführen.

Vor allem will die SPD-Fraktion die Regeln auch auf Unternehmen in Deutschland ausweiten, die unter aus-

ländischer Rechtsform tätig sind. Gerade hier sehen Experten Handlungsbedarf. Denn eine steigende Anzahl von Unternehmen weicht auf ausländische Gesellschaftsformen aus, um ohne Arbeitnehmerbank im Aufsichtsrat arbeiten zu können.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund begrüßt die Initiative der SPD-Bundestagsfraktion ausdrücklich: Die SPD-Forderungen seien nicht nur eine „in hohem Maße aktuelle gesellschaftspolitische Frage, sondern auch eine Antwort auf die Europäisierung des Gesellschaftsrechtes“. ■



»Mit Spardiktaten allein ist die Krise nicht zu bewältigen«

Der Zickzack-Kurs der Bundesregierung in der europäischen Krisenpolitik trägt zur Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürger bei und mindert deren Akzeptanz für Europa. Was zu tun ist, damit das Projekt Europa weiterhin eine Zukunft hat, erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Axel Schäfer im Interview.

Vom Euro über die notwendigen Finanzhilfen für einzelne EU-Länder bis Schengen: Die europäische Einheit bröckelt. Ist das Projekt Europa in Gefahr?

Es stimmt. Einiges ist in Schieflage geraten, seitdem in Europa sowohl bei den nationalen Regierungen als auch in der Kommission und im EU-Parlament Konservative und Liberale die Mehrheit bilden. Auch in der Bundesregierung ist seit der Regierungsübernahme durch Schwarz-Gelb einiges schief gelaufen. Statt innerhalb der EU für eine gemeinsame Linie zu kämpfen, gab es Alleingänge und Irritationen. Vor allem wurden die Krisenherde zu spät erkannt, und die Bundesregierung hat zu lange taktiert, statt zu handeln. Zutraglich ist

für das Projekt Europa sicher nicht, wenn die Bundesregierung ihren Zickzack-Kurs beibehält und weiterhin mit gespaltener Zunge spricht – einerseits mit Parolen wie der von den faulen Südeuropäern die Stammtische bedient und andererseits zwar in den Sonntagsreden Europa hochhält, aber zu zögerlich handelt. Im Übrigen gibt es die europäische Integration nun seit 60 Jahren, und sie hat schon so manchen Sturm überstanden.

Nun haben wir die Euro-Krise, und die Menschen in Europa sind verunsichert. Die Politik wäre also in vielerlei Hinsicht gefordert. Was sagen Sie Ihren Wählerinnen und Wählern, die immer skeptischer werden?

Zuerst einmal: Es ist keine Krise des Euro. Der ist stabil. Wir haben in erster Linie eine Staatsfinanzierungskrise. Die hat viele Ursachen – in der Finanz-

„Keiner, der sich kaputt sparen muss, kann noch investieren.“

Axel Schäfer

krise, aber auch im Missmanagement einzelner Staaten. Und die Bundesregierung, allen voran die Kanzlerin, hat mit zur Verunsicherung der Bürgerin-

„Die konservativen Regierungen in Europa setzen Solidarität und sozialen Frieden aufs Spiel.“

Axel Schäfer

nen und Bürger beigetragen. Statt immer nur zu betonen, wie viel Geld Deutschland aufbringen muss, um die Krisenstaaten im Euroraum zu unterstützen, sollte sie auch einmal klarstellen, wie sehr gerade die Exportnation Deutschland von der Währungsunion profitiert. Was wir brauchen, ist eine überzeugende europäische Gesamtlösung für die Staatsschuldenkrise.

Im Moment geht es hierzulande bei Europa meist um ein Problem: um die vielen Milliarden, die für die Rettung einzelner Länder wie Griechenland oder Irland benötigt werden. Das stärkt nicht gerade den Gedanken des gemeinsamen Europas, oder?

Nein, das ist ein Problem. Elke Ferner, Manfred Zöllmer und ich waren gerade als Delegation in Griechenland und haben uns sehr umfassend informiert – in Gesprächen mit Regierungsvertretern und Parlamentariern, aber auch mit aufgebrachten Bürgern, die – zu Recht – nicht einsehen können, dass sie die Zeche für die verfehlte Politik, für Korruption und Missmanagement der letzten konservativen griechischen Regierungen zahlen sollen. Wir müssen bei den einzelnen hilfsbedürftigen Ländern sehr genau hinsehen, was sie benötigen und welche Fehlentwicklungen es gibt. In Griechenland kommen da sicherlich einige Punkte zusammen. Die derzeitige griechische Regierung unter sozialistischer Führung hat einen mutigen Reformkurs eingeleitet. Dieser muss jetzt von EU und Mitgliedsländern unterstützt werden. Nur: Mit Spardiktaten alleine wird das Land nicht auf die Beine kommen. Keiner, der sich kaputt sparen muss, kann noch investieren. Da werden Investoren benötigt. Unternehmen, die bereit sind, Geld in durchaus zukunftssträchtige Projekte zu stecken. Griechenland hat beispielsweise eine einzigartige Lage und große Häfen. Das könnte im Bereich Logistik eine wichtige Rolle spielen.

Eines möchte ich noch anfügen: Unser Besuch war für die Griechen eine Ausnahme. Von der Bundesregierung war bislang nur der Außenminister ein einziges Mal im Land. Gerade in der aktuellen Situation ist es aber be-



Axel Schäfer im Gespräch mit aufgebrauchten griechischen Bürgern
Anfang Juni auf dem Athener Syntagma-Platz.

sonders wichtig, wie viel Aufmerksamkeit einem Land geschenkt wird. **Bundesfinanzminister Schäuble will jetzt eine „sanfte Umschulung“ für Griechenland. Ist das der richtige Weg?**

Immerhin sucht Schäuble nach Lösungen – wird aber gleichzeitig aus den Regierungsfractionen für seinen Vorschlag hart attackiert. Wir sagen: Die einseitige Fokussierung auf eine Sparpolitik führt Griechenland nicht aus der Krise. Dringend notwendig wären beispielsweise eine Reduzierung der Zinsen sowie eine Verlängerung der Kredit-Laufzeiten. Außerdem müssen die Verursacher der Krise in die Verantwortung genommen werden – etwa durch eine Finanztransaktionssteuer. Im Übrigen brauchen wir ein europäisches Wachstumsprogramm und eine europäische Gesamtlösung – ansonsten werden wir ständig neue Rettungsschirme aufspannen müssen.

Die SPD fordert seit langem europäische Lösungen, um die Wirtschafts- und Finanzkrise in den Griff zu bekommen. Bis heute ist davon so gut wie nichts umgesetzt. Haben Sie noch Hoffnung, dass sich etwas ändert?

Hoffnung ja. Aber machen wir uns nichts vor: Bei der Finanztransaktionssteuer beispielsweise hat sich die Bundesregierung aufs Wartebänkchen gesetzt und zu spät registriert, dass sie die Staatengemeinschaft nicht durch Zuschauen ins Boot holen kann. Auf dem Europa-Gipfel Ende März wurden zwar Beschlüsse zur Stabilisierung der Wirtschafts- und Währungsunion gefasst und der Euro-Plus-Pakt verabschiedet, aber sie sind nicht sehr nachhaltig. Die bisherigen Maßnahmen greifen zu kurz. Hier fehlt ein klarer Kurs, der dauerhafte Lösungen erkennen lässt. Wirtschaftliche Koordinierung, eine europäische „Wirtschaftsregierung“, muss mit einem Pakt für

Wachstum und soziale Stabilität verknüpft werden, wenn wir die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen wollen. Die konservativen Regierungen in

„Wir brauchen eine europäische Gesamtlösung – ansonsten werden wir ständig neue Rettungsschirme aufspannen müssen.“

Axel Schäfer

Europa sind aber gerade dabei, Solidarität und sozialen Frieden aufs Spiel zu setzen – damit der Wettbewerb stimmt. So lautet deren Logik.

Was heißt das konkret?

Das fängt schon damit an, dass es keine Antwort darauf gibt, wie die Kosten zur Bewältigung der Krise verteilt werden, bzw. wer sie tragen soll. Auch das wirtschaftliche Ungleichgewicht innerhalb der EU-Staaten wird nicht berücksichtigt. Hier zeigt die Bundesregierung gerne auf die anderen, ohne deutlich zu machen, dass auch der Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands ein Problem ist. Vor allem, weil uns die Binnennachfrage hier fehlt. Sie müsste gestärkt werden. Ein weiterer Punkt, der sich auch auf die anderen Länder auswirkt: Unsere Löhne entsprechen seit Jahren nicht mehr dem Produktivitätsfortschritt. Auch die europaweite Einführung von Mindestlöhnen könnte die Akzeptanz gegenüber europäischen Entscheidungen erhöhen. Darüber hinaus brauchen wir klare Vorgaben für Sozial-, Bildungs- und Forschungsausga-

ben. Natürlich angepasst an die Leistungsfähigkeit der einzelnen Staaten. **Die SPD fordert auch schon länger europaweite Konsequenzen in der Steuerpolitik. Sollen alle EU-Länder nun die gleichen Sätze bei Einkommens- oder auch der Mehrwertsteuer erheben?**

Nein, aber es würde sehr viel Sinn machen, die nationalen Steuerpolitiken EU-weit zu koordinieren. Dabei geht es nicht um Vereinheitlichung, sondern um mehr Gerechtigkeit. Einige Mitgliedstaaten werben ja mit Niedrigsteuersätzen. Das wiederum nutzen vor allem internationale Konzerne oder auch vermögende Bürger anderer Staaten. Der Mittelstand oder regionale Unternehmen können diese Vorteile selten bis gar nicht nutzen. Steuerdumping behindert einen fairen Wettbewerb. Darüber hinaus sollten Steuerbetrug und Steuerflucht grenzüberschreitend besser verfolgt werden können.

Die Gewerkschaften fordern eine soziale Fortschrittsklausel in den europäischen Verträgen, um zu gewährleisten, dass das soziale Europa mit der wirtschaftlichen Integration Schritt hält. Wie sehen Sie das?

Da sind wir auf einer Linie mit den Gewerkschaften – bereits vor zwei Jahren haben wir gemeinsam mit dem DGB ein Papier für eine soziale Fortschrittsklausel in den EU-Verträgen beschlossen. In jüngster Zeit mangelt es in Europa aber nicht nur an sozialer Integration, wir haben zunehmend auch ein Demokratiedefizit. Weitreichende Entscheidungen wie die über den Euro-Plus-Pakt werden

an den Parlamenten vorbei von den nationalen Regierungen getroffen.

Sie waren vor Ihrer Zeit als Bundestagsabgeordneter auch im europäischen Parlament. Schärft das den Blick auf Europa?

Das sicher. Aber nicht jede und jeder Bundestagsabgeordnete kann vorher ins EU-Parlament gewählt werden. Europa spielt in unserer Bundestagsfraktion eine große Rolle – und zwar nicht erst seitdem der Vertrag von Lissabon den nationalen Parlamenten mehr Kompetenzen einräumt. Wir haben sehr enge Kontakte zu unseren deutschen EU-Abgeordneten und auch zu denen anderer Länder. Im übrigen ist Europa ein ureigenes sozialdemokratisches Anliegen. Bereits in unserem ersten Programm von 1866 haben wir einen „solidarischen europäischen Staat“ postuliert, und im Heidelberger Programm von 1925 plädierte die SPD für die „Vereinigten Staaten von Europa“. Aktuell haben wir gerade – erstmalig – zeitgleich und abgestimmt mit den französischen Sozialisten in der französischen Nationalversammlung einen Gesetzentwurf für eine Finanztransaktionssteuer in den Bundestag eingebracht.

Eines ihrer Lieblingszitate stammt von Ernst Bloch und lautet:

„Es kommt darauf an, das Hoffen zu lernen.“ Haben Sie das Hoffen gelernt?

Das Zitat gehört sozusagen zu meiner politischen Lebensphilosophie. ■

Mehr Infos zum Thema:

www.spdfraktion.de

Nachgefragt



Ist Europa noch zu retten?

Das fragte „Gute Arbeit“ Claudia Menne,

deutsche Vertreterin im Generalsekretariat des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB).

Das europäische Projekt ist auch nach mehr als 50 Jahren der Erweiterung und Vertiefung stabil. Allerdings wird die Europäische Union nicht mehr als Motor der Entwicklung, sondern als Schicksalsgemeinschaft empfunden. Wirtschaftliche Verflechtungen und Freizügigkeit werden von den meisten Menschen ohne Zweifel geschätzt. Aber die große Idee einer friedlichen, erfolgreichen

und sozial ausgewogenen Staatengemeinschaft ist in Gefahr. Die Eurorettung durch den von den nationalen Regierungen beschlossenen Euro-Plus-Pakt mit ihrem rigiden Spardiktat und instabile Regierungen führen dazu, dass die Europäische Idee an Glanz verliert. Europa ist nur zu retten, wenn es nicht mehr vor allem darum geht, den Bullen und den Bär an den Börsen zu besänftigen. Die Idee von einem vereinigten Europa kann nur gelingen, wenn das soziale Europa nicht geopfert wird. Derzeit überbieten sich die Regierung gegenseitig mit Vorschlägen, wo und wie am besten gespart werden kann. Damit schwinden die Akzeptanz für Europa und die Bereitschaft, sich solidarisch für die europäischen Nachbarn einzusetzen. ■

MEHR KOOPERATION IN DER BILDUNG

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, mehr Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern in der Bildungspolitik verfassungsrechtlich möglich zu machen. In einem Antrag hat die Fraktion dazu eine Änderung des Grundgesetzes vorgeschlagen.

Bei der Föderalismusreform 2006 wurden der bildungspolitischen Zusammenarbeit von Bund und Ländern enge Grenzen gesetzt. So ist es dem Bund beispielsweise nicht mehr möglich, die Länder in der Schulpolitik durch Finanzhilfen zu unterstützen. Das heißt: Ein Ganztagschulprogramm, wie es die rot-grüne Bundesregierung erfolgreich auf den Weg gebracht hatte, ist ebenso untersagt wie die substanzielle Beteiligung des Bundes bei der Weiterentwicklung des Schulsystems.

Dieses Kooperationsverbot erschwert es, die Herausforderungen ausgerechnet bei der Zukunftsaufgabe Bildung in gesamtstaatlicher Verantwortung anzugehen. Das will die SPD-Bundestagsfraktion ändern. „Die bildungspolitischen Herausforderungen sind nur von Bund und Ländern gemeinsam zu bewältigen“, erklären SPD-Fraktionsvize Dagmar Ziegler und der stellvertretende bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Swen Schulz. ■

PAKT FÜR ALPHABETISIERUNG

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert von der Bundesregierung einen „Pakt für Alphabetisierung“. Auch in einem hoch entwickelten Land wie Deutschland ist Analphabetismus ein Problem.

Mehr als 7,5 Millionen Menschen gelten als funktionale Analphabeten. Sie sind nicht in der Lage, einfache Texte zu schreiben, zu lesen oder zu verstehen. Die meisten funktionalen Analphabeten haben zwar die Schule besucht, aber Lesen und Schreiben nur unzureichend gelernt oder später wieder verlernt. „Ohne eine konzentrierte Aktion wie in anderen europäischen Ländern werden wir in Deutschland bei dieser Frage keinen Fortschritt erzielen können“, erklärt Ernst-Dieter Rossmann, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

In ihrem Antrag „Alphabetisierung und Grundbildung in Deutschland fördern“ fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Gründung eines „Grundbildungspaktes“ von Bund, Ländern und Kommunen, um die Anzahl der Analphabeten in Deutschland zu halbieren. Mindestens 20 Millionen Euro sollen jährlich für Alphabetisierungskurse zur Verfügung gestellt werden. ■

Bundesregierung tut nichts für den Kita-Ausbau

SPD-Bundestagsfraktion fordert neuen Krippengipfel.

Die Familienministerin Kristina Schröder schaltet beim Kita-Ausbau weiter auf stur. Den Forderungen der Kommunen nach weiteren Finanzhilfen erteilt sie eine Absage. Damit riskiert sie, dass der ab 2013 geltende Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für unter Dreijährige von den Kommunen nicht eingelöst werden kann. Hunderttausende Kinder und Eltern müssen so weiter auf bessere Bildung und Betreuung warten. Städte und Gemeinden verlangen seit langem Nachbesserungen beim Kinderförderungsgesetz. Sie gehen davon aus, dass der tatsächliche Bedarf beim ersten Krippengipfel von Bund und Ländern 2007 unterschätzt wurde.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert seit fast zwei Jahren eine Neuauflage des Krippengipfels. Die Kommunen haben sich dieser Forderung angeschlossen. Doch Familienministerin Schröder stellt sich taub. Beim ersten Krippengipfel hatten Bund und Länder Eckpunkte für einen beschleunigten Kita-Ausbau vereinbart und damit den Grundstein für das Kinderförderungsgesetz gelegt. „Wenn wir heute wissen, dass die Annahmen für diese Vereinbarung nicht mehr stimmen, müs-



Für 35 Prozent aller unter Dreijährigen soll ab 2013 ein Krippenplatz zur Verfügung stehen. Das ist zu wenig, sagen Experten.

sen alle Verantwortlichen wieder an einen Tisch. Der Kita-Ausbau darf nicht scheitern, nicht verzögert werden und auch nicht zum Schmalspur-Ausbau verkümmern“, erklärt Dagmar Ziegler, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, die Notwendigkeit eines neuen Gipfels. Sollte der Bedarf tatsächlich höher sein als angenommen, müsste auch über zusätzliche Bundesmittel gesprochen

werden. Ein quantitativer Ausbau der Kita-Betreuung darf aus Sicht der SPD zudem nicht zu Lasten der Qualität gehen. Bund und Länder müssen sich endlich auf Eckpunkte für eine qualitative Verbesserung der frühkindlichen Betreuung verständigen. Auch die Frage, wie der zusätzliche Bedarf an Erzieherinnen und Erziehern gedeckt werden kann, gehört auf die Tagesordnung eines neuen Krippengipfels. ■

Organspenden retten Leben

Noch vor der Sommerpause will der Bundestag über eine Änderung des Transplantationsgesetzes beraten, um die Zahl lebensrettender Organspenden zu erhöhen. In Deutschland warten jährlich 12 000 Menschen auf eine Organspende, nur ein Viertel von ihnen erhält sie. Dabei sagen gut 70 Prozent der Deutschen Ja zur Organspende, doch nur rund 25 Prozent haben einen Organspenderausweis. Alle Fraktionen sind sich einig: Die Gründe für das Zögern der Bürgerinnen und Bürger müssen beleuchtet werden, um den Bedenken begegnen zu können. „Täglich sterben Menschen, die leben könnten, wenn ein Spenderorgan zur Verfügung stünde. Organspende ist gelebte Nächstenliebe“, wirbt Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

Drei fraktionsübergreifende Gesetzesentwürfe zur Änderung des Transplantationsgesetzes liegen vor. „Zum einen werden technisch-organi-

satorische Verbesserungsmöglichkeiten in Kliniken und Transplantationszentren diskutiert und zum anderen ethisch-rechtliche Aspekte und die Möglichkeit zur Erhöhung der Spenderbereitschaft“, erläutert die SPD-Abgeordnete Dr. Carola Reimann, Vorsitzende des Bundestags-Gesundheitsausschusses.

Die drei Gruppenentwürfe reichen von der Beibehaltung des bisherigen Prinzips, dass der Organspende ausdrücklich zugestimmt werden muss, bis zu dessen Umkehrung, der so genannten Widerspruchslösung:

- Die erweiterte Zustimmungslösung bedeutet den Status Quo. Danach muss einer Organspende ausdrücklich zugestimmt werden, beispielsweise durch einen Organspenderausweis im Portemonnaie. Die Aufklärungsarbeit soll jedoch verstärkt und die Abläufe sollen verbessert werden.
- Die Widerspruchslösung ist die am weitesten gefasste Regelung, nach

der einer Organspende zu Lebzeiten ausdrücklich widersprochen werden muss. Andernfalls kommt ein Verstorbener jederzeit als Spender in Frage.

- Die Erklärungslosung wurde als Vorschlag vom Deutschen Ethikrat eingebracht. Danach sollen sich alle Bürgerinnen und Bürger einmal entscheiden, ob sie zur Organspende bereit sind. Diese Entscheidung wird in einem persönlichen Dokument wie der Gesundheits-Chipkarte oder dem Personalausweis vermerkt und kann jederzeit wieder rückgängig gemacht werden.

Darüber hinaus wird die Errichtung eines Organspenderegisters diskutiert, in dem die persönlichen Entscheidungen dokumentiert werden und aus dem sich die erklärte Spendenbereitschaft im Notfall schnell

FOTO: COURTESY

Mehr Infos zu allen Themen:

www.spdfraktion.de

Energiewende wird fortgesetzt

Schwarz-Gelb räumt ein: Rot-Grün hatte Recht.

Nach dem Herbst der Fehlentscheidungen ist die Bundesregierung nun zu einem Frühjahr der Korrekturen gezwungen. Die „Energiewende“ der Bundesregierung ist aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion nichts anderes als das Eingeständnis schwarz-gelber Irrwege. Auf die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke folgt nun ein „Irrtumsbereinigungsgesetz“, wie es der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier in der ersten Bundestagsdebatte über das Gesetzespaket zur schwarz-gelben Energiewende auf den Punkt gebracht hat.

Acht Gesetze, 700 Seiten bedrucktes Papier, liegen nun vor, die bis Ende Juni durchgearbeitet werden müssen. Bevor die SPD-Bundestagsfraktion den Vorschlägen der Bundesregierung zum Atomausstieg eventuell zustimmen kann, wird detailliert geprüft, wie sich die einzelnen Vorgaben auswirken.

Unter der Leitung von Hubertus Heil und Ulrich Kelber werden die Ergebnisse der beteiligten Arbeitsgruppen koordiniert. Bis zur zweiten und dritten Lesung des Gesetzes am 30. Juni werden die Änderungsanträge der SPD-Bundestagsfraktion formuliert, und natürlich muss dann auch die Entscheidung über Zustimmung oder Ablehnung stehen. Eine Verschiebung würde bedeuten, dass – da das Moratorium abgelaufen ist – bereits abgeschaltete Meiler wieder ans Netz dürften.

SPD-Fraktionsvorsitzender Frank-Walter Steinmeier signalisierte im Bundestag Entgegenkommen: Wenn die Bundesregierung wirklich „unumkehrbar“ aussteigen wolle, „dann werde ich nicht taktisch und nicht krampfhaft nach Gründen suchen, um meiner Partei die Ablehnung zu empfehlen.“ Doch vor dem „Ja“ der SPD-Bundestagsfraktion muss sich noch einiges bewegen.

Positiv bewerten die Fraktionsexperten, dass sich Bundeskanzlerin Angela Merkel auf die Forderung der Bundesländer eingelassen hat, für jeden Reaktor klare Abschaltzeiten vorzugeben. Eine Zusicherung, die auch von der SPD-Bundestagsfraktion verlangt wurde, um Revisionsklauseln von vornherein auszuschließen.

Klar ist für die SPD darüber hinaus auch, dass der Industriestandort Deutschland nicht unter der Energie-



Der Industriestandort Deutschland darf nicht unter der Energiewende leiden.

wende leiden darf. Das ist machbar. Da die Energie- und Rohstoffkosten für den Standort immer wichtiger werden als andere Arbeitskosten, sind die Strompreise ein wichtiges Thema. Für energieintensive Unternehmen muss es vertretbare, wettbewerbsfähige Stromtarife geben. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier plädiert für ein „industriepolitisches Monitoring“. Das heißt, die Preisentwicklung wird überwacht, um – wenn nötig – gefährdete Industrien zu entlasten. Hier forderte Steinmeier von der Kanzlerin mehr Kreativität. Es reiche nicht, bestehende Regelungen zu belassen und das Versprechen, sich in Brüssel zu engagieren.

Nicht minder wichtig ist für die SPD-Bundestagsfraktion die soziale Komponente. Einkommensschwache dürfen ebenso wenig von der Strompreisentwicklung überfordert werden wie die Industrie. Vorstellbar wäre ein Energieeffizienzfonds, der bei Anschaffung sparsamer Technologien und Haushaltsgeräte hilft.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ulrich Kelber monierte, dass die Regierung bislang noch keine Änderung bei den Sicherheitsvorgaben vorgelegt habe: „Die Absenkung der Sicherheitsstandards für Atomkraftwerke, wie sie im Rahmen der Laufzeitverlängerung durch Schwarz-Gelb festgeschrieben wurde, hat die Bundesregierung in den vorliegenden Gesetzesentwürfen nicht zurückgenommen.“

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Gestaltung der Endlagersuche. Auch hier hat die Bundesregierung noch keine Vorlage geliefert, die eine ergebnisoffene Suche sicherstellt. Kelber erwartet eine gesetzliche Regelung. ■

Es wird sich noch einiges ändern müssen

Die SPD-Bundestagsfraktion hat klare Vorstellungen zur Energiewende.

Erneuerbare Energien: Die Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) entspricht nicht den Vorstellungen der SPD-Bundestagsfraktion. Nach den vorliegenden Entwürfen verschlechtern sich die derzeit bestehenden Marktoptionen. Die SPD will sichergestellt wissen, dass mit dem EEG tatsächlich der Ausbau der regenerativen Energien gefördert wird. Beispielsweise werden derzeit die Potenziale der Modernisierung (Repowering) der Windkraft-Anlagen an Land nicht ausgeschöpft. Eine Verschlechterung gegenüber der aktuellen Gesetzeslage darf es nicht geben.

Energieeffizienz: Investitionen in eine sparsame Energienutzung sind eine der wesentlichen Herausforderungen für Zukunft. Dies gilt für Unternehmen ebenso wie für jeden privaten Haushalt. Entsprechend müssen die Mittel und Vorgaben für Gebäudesanierungen ausgestaltet werden. Den Plänen der Regierung, die Mieterrechte weiter einzuschränken, wird die SPD nicht zustimmen. Zudem wäre eine Erhöhung des Etats für das KfW-Programm von 1,5 auf mindestens zwei Milliarden Euro wichtig, um die Ziele in der Gebäudesanierung zu erreichen.

Brennstoffsteuer: Die Abgabe der Konzerne, die so genannten Brennstoffsteuer, bleibt erhalten. Dies ist die positive Nachricht. Nachdem sich insbesondere die CSU dafür

ausgesprochen hatte, den Energieanbietern die Zahlung zu erlassen. Die Versorger Eon und RWE haben bereits angekündigt, gegen die Abgabe zu klagen.

Kraft-Wärme-Kopplung: Die SPD-Bundestagsfraktion sieht einen der Schwerpunkte bei der Energiewende in der Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK). Da die Bundesregierung – entgegen ihren Ankündigungen – keine eigenen Vorschläge zur KWK eingebracht hat, hat die SPD einen eigenen Antrag vorgelegt.

Die Vorteile dieser Technik sind:

- Die KWK bietet die effizienteste Nutzung sowohl fossiler als auch biogener Energieträger.
- Es ist eine ausgereifte Technologie.
- Gasbasierte KWK ist hochflexibel und gut geeignet für eine Kombination mit Erneuerbaren Energien, die nicht immer in gleicher Leistung zur Verfügung stehen
- KWK-Anlagen können als Mikro-KWK in Einfamilienhäusern ebenso eingesetzt werden, aber ebenso als Blockheizkraftwerke in großen Gebäudekomplexen.
- Die Anlagen sind dezentral und für kommunale Energieanbieter interessant. Sie stärken damit den Wettbewerb im Strom- und Wärmemarkt.
- Neue, dezentrale KWK-Anlagen sind schnell planbar und gebaut. Sie spielen daher eine wichtige Rolle bei der Bereitstellung gesicherter Erzeugungskapazitäten. ■

Mehr Infos zu allen Themen:

www.spdfraktion.de

Anzeige

„Ich werde es ^{ab jetzt sinnvoll} ~~immer~~ für ^{un-} ~~unsinnig~~ halten, technisch ^{Christ-} sichere Kernkraftwerke abzuschalten. Sie werden sehen: eines Tages werden auch die Sozialdemokraten das einsehen. Es dauert halt immer etwas länger.“

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, 2006



Herzlichen Glückwunsch zum Atomausstieg!



Wir kennen den Weg. Schon lange. Unser Programm für die Energiewende: Bundestags-Drs. 17/5481

Vorgestellt



Edelgard Bulmahn

Edelgard Bulmahn (60), ehemalige Bundesministerin für Bildung und Forschung, ist seit 1987 MdB, direkt gewählt im Wahlkreis Hannover II. Die Themen Bildung, Wissenschaft und Forschung sind ihr besonders wichtig, weil sie wie keine anderen für die Zukunftschancen von allen stehen. Bulmahn ist Mitglied der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“. Ihr Ziel ist eine Gesellschaft, die nicht in Gewinner und Verlierer aufgeteilt ist. Sie gehört außerdem dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und dem Auswärtigen Ausschuss an. ■



Burkhard Lischka

Seit 2009 ist der Magdeburger Burkhard Lischka (46) MdB. Der Jurist ist seit Juni Sprecher der Arbeitsgruppe Rechtspolitik der SPD-Bundestagsfraktion. Seit Beginn der Legislaturperiode arbeitet er für die SPD im Bundestags-Rechtsausschuss mit. Hauptsächlich ist er hier mit Wirtschafts- und Urheberrecht befasst, zunehmend auch mit strafrechtlichen Fragen; daneben engagiert sich der Magdeburger stark für europarechtliche Problemstellungen. Als Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung setzt sich Lischka außerdem dafür ein, „die Globalisierung gerecht zu gestalten und soziale nicht den außenwirtschaftlichen Interessen unterzuordnen“. ■

»Arbeitsmarktpolitik mit der Abrissbirne«

Die Arbeitsmarktförderung wird drastisch gekürzt.

// Für die SPD-Bundestagsfraktion steht fest: Neben Qualifizierung und Bildung brauchen wir auch einen sozialen Arbeitsmarkt. Doch von der Leyens Reform der Arbeitsmarktinstrumente stellt das aktive Fördern in der Arbeitsmarktpolitik in Frage. //

Ihr Sparprogramm für den Arbeitsmarkt hat Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) in hübschen Worten verpackt: „Die aktive Arbeitsmarktpolitik wird stärker auf ihr eigentliches Ziel ausgerichtet“, heißt es beispielsweise. Für Anette Kramme, Sprecherin der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion, hat die Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente ein ganz anderes Ziel: „Es geht nicht darum, Menschen durch Arbeit und Beschäftigung eine dauerhafte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen, sondern schlicht darum, zu sparen.“ Die SPD-Bundestagsfraktion steht mit ihrer Kritik nicht allein. Der Paritätische Wohlfahrtsverband titelte zum Gesetzentwurf „Arbeitsmarktpolitik mit der Abrissbirne“, DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntbach empörte sich über „die kopflose Kürzungsarie“.

Aus zahlreichen Pflicht- werden Ermessensleistungen. So der anerkannt erfolgreiche Gründungszuschuss – da bleibt es nicht allein beim „Ermessen“. Hier sollen im kommenden Jahr rund eine Milliarde, in den Folgejahren 1,3 Milliarden Euro eingespart werden. Um die verbleibenden Mittel verteilen zu können, gilt als Vorgabe „eine qualifizierte Abwägung der eingereichten Geschäftsideen“. Die Ministerin glaubt, dass nicht jeder Erwerbslose „für den Schritt in die Selbständigkeit geeignet“ ist.

Aus dem Rechtsanspruch auf Maßnahmen zur Aktivierung der beruflichen Eingliederung wird ebenfalls eine Ermessensleistung. Kramme: „Damit wird auch hier eine Möglichkeit eröffnet den Haushalt zu sanieren.“ Komplette gestrichen werden der Qualifizierungszuschuss für jüngere Arbeitnehmer und der Ausbildungsbonus sowie die Entgeltsicherung und der Eingliederungsgutschein für ältere Arbeitneh-



Die Zukunft der geförderten Weiterbildung für Arbeitslose ist düster.

mer. Die bisherige Erstattungspflicht des Arbeitgebers für gezahltes Arbeitslosengeld, die unter bestimmten Voraussetzungen angewendet werden konnte, entfällt ebenfalls. „Ein falsches Signal“, kritisiert die Arbeitsgruppe der SPD-Fraktion.

Die öffentlich geförderte Beschäftigung wird drastisch zurückgefahren. Langzeitarbeitslose haben damit praktisch keine Chance mehr, auf eine dauerhafte Beschäftigung. Die Änderungen werden dazu führen, dass die noch verbleibenden Fördermöglichkeiten ständig unterbrochen werden. „Demotivierend“ für die Betroffenen, kommentiert Kramme das Konzept. Die Kürzung der Eingliederungszuschüsse für einzelne Gruppen wie Schwerbehinderte trifft Menschen, die es am Arbeitsmarkt besonders schwer haben. Die „Reform“ mit dem irreführenden Titel „Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt“ ist nichts anderes, als die Erfüllung der Sparvorgaben durch den Bundesfinanzminister.

„Wir werden diese Kürzungsorgie nicht akzeptieren. Wir brauchen mehr Qualifizierung statt weniger“, betonen Anette Kramme und ihre Stellvertre-

terin Katja Mast. Die SPD-Bundestagsfraktion erarbeitet derzeit einen eigenen Antrag zur Zukunft der aktiven Arbeitsmarktpolitik. ■

Mehr Infos zum Thema:

www.spdfraktion.de

Termine

29. Juni Betriebs- und Personalrätekonferenz „Gesundheit zukunftsicher organisieren“, Berlin

1. Juli „Die Finanzmarktkrise und ihre Auswirkungen auf Länder und Kommunen“, Oberhausen

6. Juli „Den Kahlschlag stoppen – aktive Arbeitsmarktpolitik statt Fachkräftemangel“, Berlin

7. Juli „Menschenrechte und Unternehmensverantwortung“, Berlin

Weitere Termine:
www.spdfraktion.de
www.facebook.com/spdbundestagsfraktion

IMPRESSUM GUTE ARBEIT

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion

Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parl. Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Redaktionsschluss: 15. Juni 2011

Herstellung: Network Media GmbH

Redaktion: Ralf Bergmann, Anne Graef, Anja Linnekugel

Texte: Lena Clausen, Sebastian Henneke

Druck: Frankenpost Verlag GmbH

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Bestellungen von „Gute Arbeit“, Zeitung der SPD-Bundestagsfraktion, und von Informationsmaterial zur Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion:

– per Post: SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit/Redaktion „Gute Arbeit“, 11011 Berlin

– per Mail: oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de

– per Fax: 030/22756800